



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/82

9. April 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Neue Verwicklungen um den UNO-Oberbefehlshaber in Korea	S. 1
Frankreichs Außenpolitik	S. 3
Ausgearteter Föderalismus	S. 5
Die Geldquellen des BdJ	S. 6

Das gefährliche Spiel McArthurs

-dt. General McArthur ist von seiner Manie, Geschichte zu machen, nicht zu heilen. Es genügt ihm nicht, den Tenno seiner Göttlichkeit entkleidet zu haben (heute möchte er ihn möglichst ohne Prestigeverlust wieder zu einem Gott erhöhen, aber doch nicht höher als er, McArthur, selbst ist). Sein Fernziel ist nicht mehr und nicht weniger, als das korrupte, von den Soldaten Mac Tse-tungs vom Festland vertriebene System Tschiang-Kai-schek in China wieder zu inthronisieren. McArthur will damit korrigieren, was sein grösserer Kollege, George C. Marshall, während des Krieges Generalstabschef, von 1946 bis 1947 Sonderbeauftragter Trumans bei Tschiang-Kai-schek, nachher Aussenminister und Initiator des nach ihm benannten Planes der europäischen wirtschaftlichen Sanierung, was also dieser in Europa bestens angeschlossene Marshall "verschuldet" hatte. Marshall hat das "Problem Tschiang-Kai-schek" an Ort und Stelle gründlich studiert; als er genug gesehen und erfahren hatte, kehrte er nach Washington zurück und warnte vor jeder weiteren Unterstützung dieses dem chinesischen Volk in jeder Hinsicht abträglichen Systems.

Amerika entzog Tschiang-Kai-schek jede weitere Unterstützung und so kam, was kommen musste: China wurde kommunistisch und

Tschiang-Kai-schek lebt heute unter dem Schutz der US-Flotte auf Formosa. Es war das Fach Amerikas, keinen chinesischen Staatsmann gefunden zu haben, der mit Hilfe von US-Dollars und einer gesunden sozialen, dem riesigen Lande angepaßten Idee in der Lage gewesen wäre, dem chinesischen Volk die Herrschaft von Hammer und Sichel zu ersparen.

Nach den letzten Nachrichten hat Tschiang-Kai-schek auf Formosa etwa 500.000 Soldaten unter Drill. Nicht unter Waffen, denn die will er größtenteils erst von Amerika haben. Nun hat McArthur vorgeschlagen, diese Soldaten in Korea einzusetzen. So verlockend es wäre, den in Korea kämpfenden chinesischen "Freiwilligen"-Verbänden ebenbürtige Chinesen gegenüberzustellen, so verhängnisvoll wäre ein solcher Schritt, denn es wäre die offizielle Kriegserklärung an Mao und würde Amerikas ganze Kraft in dem chinesischen Faß ohne Boden absorbieren. Die Erfahrungen Japans, eines Landes also, das nicht nur über große, gut ausgebildete Truppenmassen verfügte, sondern auch über die notwendigen Kenntnisse von Land und Leuten, sollten noch nicht zu alt sein, als daß man sie heute schon überschauen könnte.

Amerika hat andere Aufgaben übernommen, als einen korrupten chinesischen General wieder an die Macht zu bringen. Ein Engagement Amerikas in einem uferlosen Krieg in China wäre genau das, was Moskau braucht. Der Krenl wäre in der Lage, nach Bedarf das Loch im chinesischen Fall zu regulieren, also ein vergrößertes Korea für Amerika und sich selbst dadurch in Europa freie Hand zu schaffen. Noch aber ist Europa zu lebendig, als daß man es um eines Tschiang-Kai-scheks willen opfern könnte.

Aus diesen Gründen ist es zu begrüßen, daß London das Problem McArthurs nun in einer wahrscheinlich ernsteren Form als bisher angeschnitten hat. Der Entschluß des US-Kongresses, vier Divisionen nach Europa zu entsenden (und nicht etwa nach Korea), zeigt, daß man in Washington weiß, wo der Schwerpunkt der amerikanischen Anstrengungen gegen ein weiteres Vordringen des Bolschewismus liegt. Es fehlt nur noch, daß Washington diese Erkenntnis auch McArthur vermittelt und ihn davor bewahrt, durch "unverantwortliche Äußerungen", wie man in London nachsichtig sagt, das Konzept nicht nur des State Departement fortgesetzt zu stören.

Die Linie des Quai d'Orsay

A.F. Paris, im April.

Präsident Auriols Amerika-Reise, der bevorstehende Besuch Adenauers in Paris und verschiedene andere Ereignisse geben Anlass zu einem Überblick über die augenblicklichen aussenpolitischen Ziele Frankreichs. Vorauszuschicken ist, dass sich, von zweitrangigen Nuancen und den Kommunisten abgesehen, alle französischen Parteien über die zu verfolgende Aussenpolitik einig sind. So liegen auch die diplomatischen Thesen de Gaulles auf derselben Ebene wie die Initiativen des Quai d'Orsay.

Der Mittelpunkt der französischen Aussenpolitik ist Europa. Frankreich möchte vermeiden, zu einem Anhängsel der angelsächsischen Welt zu werden und sieht in einem auf seine Initiative hin geeinten Europa die Möglichkeit, diese befürchtete Abhängigkeit zu verhindern. Englands Zurückhaltung in dieser Frage macht die uneingeschränkte Mitarbeit Deutschlands notwendig. Des Nachbars jenseits des Rheins für die europäische Idee französischer Prägung zu gewinnen, gilt daher als erste aussenpolitische Aufgabe. Wenn der klassische Sicherheitskomplex auch noch nicht ganz verschwunden ist, so gilt er doch offiziell als überholt. Der Maßstab für die Beurteilung Deutschlands ist weniger seine militärische oder pazifistische Einstellung als der Grad seiner europäischen Bereitschaft. In diesem Sinne hat der Schumanplan für Frankreich vorwiegend politisches Gewicht. Er wird als ein wesentliches Werkzeug betrachtet, Deutschland endgültig an eine westeuropäische Gemeinschaft zu binden.

Der Freundschaft mit Italien kommt nur zweitrangige Bedeutung zu. Aus Rücksicht auf Grossbritannien und auf die eingene öffentliche Meinung möchte man ein ausschliessliches "Tête-à-Tête" mit Deutschland unterlassen. Schliesslich legt man Wert darauf, Italien rechtzeitig an Frankreich zu binden, um ein Wiedersich der Achse Rom-Berlin unmöglich zu machen.

Im Verhältnis West-Ost ist Frankreich nach wie vor die treibende Kraft einer Verständigung oder zumindest einer mehr als vorübergehenden Entspannung. Aus begrifflichen geographischen Gründen steht

man in Frankreich der sowjetischen Gefahr wesentlich realistischer gegenüber als in den USA. Man ist daher bestrebt, Komplikationen zu vermeiden, solange Osteuropa nicht ausreichend gegen eine etwaige sowjetische Invasionsdrohung geschützt ist. Ein endgültiger Bruch zwischen Ost und West würde eine Verkettung Frankreichs mit den Vereinigten Staaten auf Gedeih und Verderb nach sich ziehen. Dem möchte man, wenn möglich, entgegen.

Im Fernen Osten ermangelt die französische Politik einer klaren Linie. Da man gegen die Rebellen in Indochina dringend die amerikanische Hilfe braucht, zögert man, zusammen mit Grossbritannien den Vereinigten Staaten eine geschweidigere Haltung gegenüber China zu empfehlen. Trotzdem würde man eine Einigung mit China sehr begrüßen, denn darin läge die einzige Hoffnung, dem Konflikt in Indochina kurzfristig ein Ende zu bereiten. Trotz beachtlicher militärischer Erfolge in der letzten Zeit besteht vorläufig keine Aussicht, die Rebellen in Indochina endgültig niederzuschlagen.

Hinsichtlich des Mittelmeerbeckens haben die verschiedenen britisch-amerikanischen Militärbesprechungen der jüngsten Wochen in Paris trotz aller offiziellen Zurückhaltung sehr verstimmt, weil die beiden Mächte Frankreich dabei ignorierten. In der arabischen Welt fällt das internationale frostige Ungewein stark ins Gewicht. Dass die Angelsachsen Besprechungen ohne französische Beteiligung durchführen, konnte von der tunesischen und marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung nicht übersahen werden und verlieh ihr unvermeidlich neuen Auftrieb. In Paris stellt man sich zudem immer mehr die Frage, wie weit nicht britische oder amerikanische Ratgeber, um nicht zu sagen Agenten, für die Unruhe in Nordafrika verantwortlich sind. Man hat in Paris weder die frankreichfeindliche Haltung Grossbritanniens in Syrien und im Libanon vergessen, noch die Frankreich ebenso unerwünscht gewesene Sonderpolitik Roosevelts in Marokko.

+ + +

Die Tschechen in der Ostzone werden überprüft

(sp) Der Chef der diplomatischen Mission der CSR hat bei der Sowjetregierung um eine verschärfte Überwachung aller in der Sowjetzone ansässigen tschechoslowakischen Staatsbürger ersucht. Diese Massnahme soll auf die jüngsten Ereignisse in der CSR zurückzuführen sein. Gleichzeitig wurde eine Sperre der Einreisevisen in die CSR verhängt.

+ + +

Schönheitspflaster gegen Paralyse

hi. Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling, so sagt man, und ein Vereinheitlichen der Schulsysteme der Länder überwindet noch nicht die föderalistische Paralyse, an der die Bundesrepublik erkrankt ist, richtiger: mit der sie auf die Welt kam. Der Protest der Sozialdemokratie hat 1948 zwar die tödliche Wirkung bannen, die zersetzenden Bazillen aber leider nicht ganz beseitigen können. Die FDP-Abgeordneten, die sich im Augenblick bemühen, die unterschiedlichen Schulpläne in Westdeutschland zueinander anzugleichen, tun also ein notwendiges und deshalb ein gutes Werk.

Zehntausende Familien hat die Unterschiedlichkeit der Lehrpläne schon auseinandergerissen. Familienväter, die von einer Arbeitsstelle in eine andere, von einem Bundesland in das andere wechselten, können selbst wenn sie eine Wohnung bekommen, ihre Familien nicht nachkommen lassen, weil ihre Kinder ein Schulsystem erwartet, das sie zumindest ein Jahr zurückwirft.

Die Bemühungen der Freien Demokraten werden sich in dieser Frage mit der präzisierten Haltung der sozialdemokratischen Bundestags-Opposition begegnen. Während der Kampf um die Mitbestimmung wesentlich in der Aufstellung SPD + CDU: FDP ausgetragen wird, scheint sich hier eine Konstellation SPD + FDP: CDU zu entwickeln. Zwei interessante Gleichungen, beispielhaft für das phantasievolle Kräfte-spiel einer Demokratie, beispielhaft aber auch für die heterogenen Elemente in der Regierungskoalition.

Den Vätern der föderalistischen Gliederung der Bundesrepublik muss heute, 1 1/2 Jahre nach der Konstituierung gesagt werden, dass sich diese Gliederung als eine Zergliederung, dass sich der Föderalismus inzwischen als ein Föderasmus erwiesen hat. Hinter dem föderalen Schild hielt sich bisher nur ein provinzieller Egoismus verborgen. Der eigentliche föderale Gedanke, die Verantwortung möglichst nach unten zu verlagern, ist konstruktiv kaum praktiziert worden. Die Länderkammer, der Bundesrat, hat in den entscheidenden Fragen versagt. Immer wenn es galt eine solidarische Haltung zu beweisen, triumphierten einzelne Länderinteressen. Es sei nur an den Länder-

finanzausgleich, an die Umsiedlung von Heimatvertriebenen und an das Unterbringungsgesetz für verdrängte Beamte erinnert. Hier zeigten sich Symptome eines Zerfalls des staatlichen Gefüges, die sich ein Land in der Lage der Bundesrepublik nicht lange leisten kann.

Der niedersächsische Ministerpräsident Kopf hat kürzlich gesagt, daß der Föderalismus jede Sympathie dort zu verlieren beginnt, wo seine Auswirkungen einmal erkannt sind. Die überhöhten Eigenkosten der öffentlichen Hand, das Übermaß an Verwaltung sind direkte Nachkommen dieses Systems. Jede kleine Zusammenkunft von Länderreferenten erleichtert die Brieftasche des Steuerzahlers um zwei Tausendmark-scheine und es sind unzählige solcher Zusammenkünfte notwendig.

Es kann heute nicht mehr verkannt werden, daß der Ball, der dem parlamentarischen Rat einst von jenseits des Rheins zugeworfen wurde, von uns Deutschen heute - genau wie beabsichtigt - in einem Spiel aller gegen alle verwendet wird.

Der Bundestag hat bisher gezögert, Wünschen für eine Verfassungsänderung stattzugeben. Der zerbröckelnde Bau Westdeutschlands wird aber kaum durch Schönheitpflaster zusammengehalten werden können. Falls die vorläufige Verfassung - wie alle Provisorien - länger gültig bleiben sollte als vorgesehen, wird das Parlament nicht umhin können, das westdeutsche Grundgesetz noch einmal kritisch zu überprüfen.

+ + +

Stalin und die BdJ - Finanzen

bu.- Es war dem Bund deutscher Jugend schon immer ein Dorn im Auge, daß sich weder der "Bundesjugendring" noch der "Ring Politischer Jugend" von seinem Propagandarummel beeindrucken ließen und stets auf den undemokratischen Charakter und das eigenartige Finanzgebaren dieser Organisation hinwiesen. Wer antikommunistisch zu sein vorgibt, muß deswegen noch lange nicht demokratisch sein; das trifft auch für den BdJ zu.

Die unablässige Frage nach dem Woher der so reichlich fließenden Geldquellen fiel den BdJ-Verantwortlichen schon lange auf die Nerven. Wenn auch in einem streng vertraulichen Rundschreiben von der BdJ-Führung festgestellt werden konnte, daß sich ihre Organisationsbe-

auftragten, nach Herkunft der Goldmittel befragt, meist sehr geschickt benommen hätten, sah sie sich doch veranlasst, ihren Vertretern eine Standardantwort zur Hand zu geben.

"Heute da Stalin in Asien den 3. Weltkrieg beginnt, sollte man wichtigere Dinge kennen. Man beweist politische Unreife, wenn man in einer derart angespannten Situation bei der Durchführung eines harten Kampfes nur nach dem Woher der Mittel fragt.....", heißt es u.a. in dem Antwortmuster der Organisationsleistung.

Das ist zwar keine Antwort auf eine präzise Frage, aber immerhin eine Möglichkeit, peinlichen Fragen auszuweichen. Jugendverbände- und Organisationen allerdings sind mit einer derartigen Phrase nicht zufriedengestellt.

Auch für die Frankfurter Staatsanwaltschaft scheint diese Antwort, die in Wirklichkeit keine ist, nicht ausreichend gewesen zu sein. Jedenfalls sah sie sich veranlasst, Strafanzeige wegen Verdachts vermögensrechtlicher Delikte zu stellen.

Selbst mit viel Lärm und einer mit großer Finanzkraft aufgebauten Aktionskulisse ließen sich eben aus tatsächlich vorhandenen 600 Mitgliedern nicht 17 000 vortäuschen. Eine solche Zahlenakrobatik, wie sie bei der letzten Patenschaftsaktion praktiziert wurde, mag zwar für den BdJ als Existenzberechtigungsnachweis gegenüber den großzügigen Geldgebern notwendig sein, ist aber zu plump, um auch anderweitig geglaubt zu werden. Im BdJ ist viel zu viel faul, als daß es auf die Dauer mit einer lärmenden Fassade übertüncht werden könnte.

+ + +

HO-Papier mit Preußen - Aar

sp.- Einer Leserschrift an die "Freiheit" (Dresden) entnehmen wir u.a.:

"Als ich im HO-Geschäft am Markt einen Briefblock mit der Bezeichnung "HO hochfeines Brief-Papier mit Wasserzeichen" kaufte, ahnte ich nicht, was für eine "sinnvolle" Angelegenheit ich damit nach Hause trug. Wer beschreibt mein Erstaunen, als ich auf den Einfall kam, doch mal schnell das Wasserzeichen anzuschauen. Es war ein gut preußischer Adler mit Krallen und aufgerissenen Schnabel. Als ich auf der Rückseite des Blocks nach dem Herstellungsdatum suchte, mußte ich feststellen, daß dieser Block im Jahre 1950, und zwar erst im Dezember, mit einer Auflage von 60 000 Exemplaren hergestellt wurde. Im Dezember 1950 war wirklich schon die Möglichkeit vorhanden, auch auf unser Briefpapier fortschrittliche Lösungen zu bringen, z.B. das Zeichen des Fünfjahresplans oder die Friedenstaube. Deshalb, liebe HO, kümmere dich um diesen Fall, sonst kann es vorkommen, daß Briefe mit dieser "netten" Kennzeichnung zu unseren Brüdern und Schwestern im Westen oder gar ins Ausland gelangen."

+ + +

Verantwortlich: Josef Schmidt